

# Streit um Nahverkehr entbrannt

## Grüne und Fahrgastverband kritisieren Verkehrspolitik der Landesregierung

**Stuttgart – Die Grünen im Landtag und der Fahrgastverband Pro Bahn haben am Donnerstag die Verkehrspolitik der Landesregierung scharf kritisiert. Tenor: Das Land wolle Mittel in den Straßenbau umschichten zu Lasten des Nahverkehrs auf der Schiene.**

VON FRANK SCHWAIBOLD

Für Regionalzüge, S-Bahnen und Busse stehen nach Ansicht der Grünen derzeit „alle Signale auf Rot“. Das Land habe sich fast vollständig aus der Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs zurückgezogen, kritisierte der Verkehrsexperte der Grünen, Boris Palmer, am Donnerstag in Stuttgart. Der Landeshaushalt werde auf Kosten des Bundes und zu Gunsten des Straßenbaus saniert. „Schon im vergangenen Jahr wurde der Nahverkehr mit 45 Millionen Euro zur Ader gelassen, während die Straße ungeschoren davonkam“, sagte Palmer. Der aktuelle Haushalt sehe eine weitere Kürzung von 30 Millionen Euro vor.

Zwar räumt Verkehrsminister Ulrich Müller (CDU) schon seit längerem ein, dass angesichts der Finanzlage beim Staat „die goldenen Zeiten im Nahverkehr vorbei sind“. Dennoch wies er die Vorwürfe zurück. Die Regionalisierungsmittel stünden weiterhin „in vollem Umfang für den Nahverkehr und insbesondere zum Betrieb und

zum Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs zur Verfügung“. Auch der CDU-Fraktionschef Günther Oettinger konterte: „Palmer verdreht die Tatsachen.“ Die enorme Leistungssteigerung im Nahverkehr in den letzten Jahren – die Fahrgastzahlen stiegen um 30 Prozent – würde „völlig verkannt“. Das Land gebe dieses Jahr rund 417 Millionen Euro für den Nahverkehr aus. Wer dies als „fast vollständigen Rückzug aus der Finanzierung bezeichnet, ist alles andere als seriös“, sagte Oettinger.

Nach Angaben Palmers hat das Land zwischen 1996 und 2003 insgesamt 6,064 Milliarden Euro für den Nahverkehr ausgegeben. Dem stehen allerdings Einnahmen aus

Bundeszuschüssen in Höhe von 4,733 Milliarden Euro entgegen. „Aus eigenen Mitteln hat das Land also gerade einmal 1,331 Milliarden Euro erbracht“, rechnete Palmer vor. Nach Abzug der vom Land seit jeher zu zahlenden Beträge zum Beispiel für Schülerfahrkarten in Höhe von 1,324 Milliarden Euro blieben also nur noch sieben Millionen Euro originäre Landesmittel übrig.

Unterstützt werden die Grünen durch den Landesverband von Pro Bahn. Der hat in der Verkehrspolitik des Landes „in den letzten Wochen einen grundlegenden Kurswechsel“ erkannt. Durch die einseitige Vergrößerung des Fördersatzes von 85 auf 75 Prozent bei Nahverkehrsprojekten erschwere die Landesregierung neue Projekte, da sie dadurch für viele Kommunen unfinanzierbar würden.

Vor allem außerhalb der großen Städte würde die Verbesserung des Nahverkehrs erschwert. Als Beispiel führte die Fahrgastlobby die Nord-Süd-Linie der Stadtbahn Heilbronn, die Schwarzwaldbahn, die Stadtbahn Pforzheim-Ittersbach, den Ausbau der Breisgau-S-Bahn oder die Regio-Stadtbahn im Raum Tübingen/Reutlingen an. Pro Bahn befürchtet nun, dass „ursprünglich für die Förderung des Schienenverkehrs vorgesehene Mittel zum Straßenbau umgelenkt werden“. Dies sei eine „umweltpolitische Bankrotterklärung des Landes“.



B. Palmer Foto: AP U. Müller Foto: dpa

